

Der Schutz des Beschuldigten bei Medienauskünften von Staatsanwaltschaften im Ermittlungsverfahren

Konrad Hildebrand



Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung

Herausgegeben von

Prof. Dr. jur. Michael Lehmann, Dipl.-Kfm.
Universität München

Band 846



Zugl.: Diss., München, Univ., 2020

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Sämtliche, auch auszugsweise Verwertungen
bleiben vorbehalten.

Copyright © utzverlag GmbH · 2021

ISBN 978-3-8316-4904-4 (gebundenes Buch)

Printed in EU
utzverlag GmbH, München
089-277791-00 · www.utzverlag.de

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2020 von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur befinden sich auf dem Stand von Februar 2020.

Herzlicher Dank gebührt meinem Doktorvater Herrn Professor Dr. Armin Engländer für die gute Betreuung der Arbeit. Außerdem danke ich Herrn Professor Dr. Ralf Kölbl für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens sowie Herrn Professor Dr. Helmut Satzger für sein Mitwirken in der Prüfungskommission.

Die Arbeit ist größtenteils parallel zu meiner beruflichen Tätigkeit und außerhalb der Universität entstanden. Ich habe von Kollegen und Freunden stets Unterstützung und Interesse erfahren, wofür ich dankbar bin. Besonders wertvoll war für mich der Austausch mit Tim Bangert – zu Fachthemen und zu Freud und Leid des Promotionsvorhabens. Danke, Tim.

Ganz herzlich danken möchte ich auch meiner Ehefrau Ivana Hildebrand-Toussaint für die sorgfältige Korrekturdurchsicht des Manuskripts sowie meinen Eltern Karin und Klaus Hildebrand, die mir das Studium überhaupt erst ermöglicht haben.

München, Mai 2021

Inhaltsverzeichnis

Einführung	19
Kapitel 1 Ziel der Untersuchung	23
Kapitel 2 Der verfassungsrechtliche Rahmen	23
A Der Informationsauftrag des Staats gegenüber der Öffentlichkeit	24
I Die Bedeutung von Information	24
II Der Informationsanspruch der Öffentlichkeit	25
III Die Grenzen des öffentlichen Informationsanspruchs	26
B Das Persönlichkeitsrecht des Beschuldigten	30
I Das allgemeine Persönlichkeitsrecht	30
1 Entwicklung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts und Schutzintensität	30
2 Relevante (Teil-)Gewährleistungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	31
II Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung	32
1 Das Volkszählungsurteil des BVerfG (BVerfGE 65, 1 ff.)	33
2 Eröffnung des Schutzbereichs bei staatsanwaltschaftlicher Medientätigkeit	34
a) Preisgabe personenbezogener Daten durch Medientätigkeit der Staatsanwaltschaft	34
b) Fehlende Relevanz der Belastungsintensität für die Eröffnung des Schutzbereichs	35
c) Eröffnung des Schutzbereichs auch außerhalb EDV-mäßiger Datenverarbeitung	36

3	Eingriff	37
	a) <i>Der Informationseingriff</i>	37
	b) <i>Informationseingriffe im Rahmen der „Aufgabe der Staatsleitung“</i>	37
4	Schranken des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung	38
	a) <i>Vorbehalt eines formellen Parlamentsgesetzes</i>	38
	b) <i>Keine Eingriffsrechtfertigung aufgrund nur materiellen Rechts</i>	40
5	Akzentuierung der Verhältnismäßigkeitsprüfung durch das Volkszählungsurteil	40
	a) <i>Erforderlichkeit einer bereichsspezifischen Regelung für die (sekundäre) Datenverwendung im Rahmen der staatsanwaltschaftlichen Medientätigkeit</i>	41
	b) <i>Die Erkennbarkeit der Voraussetzungen einer identifizierenden Medienauskunft für den Beschuldigten</i>	42
6	Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung im Verhältnis zu anderen Gewährleistungen des Persönlichkeitsrechts	43
III	Das sog. Selbstdarstellungsrecht (BVerfGE 35, 202 ff. – Lebach I)	44
1	Eröffnung des Schutzbereichs des Selbstdarstellungsrechts	45
	a) <i>Recht auf Anonymität?</i>	45
	b) <i>Über die Aufhebung der Anonymität hinausgehende Belastungen durch eine Verdachtsäußerung („Prangerwirkung“)</i>	46
2	Einfachrechtliche Konkretisierung des Selbstdarstellungsrechts durch §§ 22, 23 KUG	48
	a) <i>Anwendungsbereich der §§ 22, 23 KUG</i>	48
	b) <i>(Analoge) Anwendbarkeit auf die Medientätigkeit der Staatsanwaltschaft</i>	49

IV Die Unschuldsvermutung	50
1 Einführung	50
a) <i>Normqualität der Unschuldsvermutung</i>	50
b) <i>Staatsanwaltschaft als (primäre) Adressaten der Unschuldsvermutung</i>	51
2 Die Unschuldsvermutung als Ausformung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes im Strafverfahren	52
3 Unschuldsvermutung und staatliche Informationstätigkeit im Strafverfahren	53
a) <i>Kein Verbot der Verdachtsäußerung durch die Staatsanwaltschaft</i>	53
a) <i>Das Verbot der Schuldäußerung durch die Staatsanwaltschaft</i>	55
(i) <i>Sprachliche Anforderungen bei der Verdachtsäußerung durch die Medien</i>	55
(ii) <i>Sprachliche Anforderungen bei der Verdachtsäußerung durch die Staatsanwaltschaft</i>	56
4 Ergebnis	57
V Das Recht auf den Schutz der Privatsphäre	58
1 Anwendbarkeit des Sphärenmodells auf die staatsanwaltschaftliche Medientätigkeit	58
2 Das Sphärenmodell	59
a) <i>Differenzierung nach der Belastungsintensität eines Informationseingriffs</i>	59
b) <i>Die Sphären</i>	60
(i) <i>Öffentlichkeits- und Sozialsphäre</i>	60
(ii) <i>Privatsphäre</i>	61
(iii) <i>Intimsphäre (= absolut geschützter Kernbereich)</i>	62

3	Die Zuordnung der öffentlichen Verdachtsäußerung durch die Staatsanwaltschaft im Rahmen des Sphärenmodells ohne kernbereichsrelevante Informationen	62
	<i>a) Privat- oder Sozialsphäre?</i>	62
	<i>b) Begrenzter Erkenntnisgewinn der Sphärenzuordnung</i>	63
4	Anwendung der Kernbereichslehre bei der staatsanwaltschaftlichen Medientätigkeit	64
	<i>a) (Angeblich) absolut geschützte Informationen</i>	64
	<i>b) Stellungnahme</i>	65
	(i) <i>Die Schwächen der Kernbereichslehre am Beispiel HIV-Infektion</i>	65
	(ii) <i>Die Kontextneutralität des Sphärenmodells bildet die spezifische Belastungswirkung der staatsanwaltschaftlichen Medientätigkeit nicht ab</i>	66
5	Ergebnis	67
VI	Das Resozialisierungsinteresse	67
1	Das Interesse auf Wiedereingliederung in die Gesellschaft im Lebach-I-Kontext	67
2	Zum erweiterten Verständnis eines Rechts auf Nicht-Entsozialisierung	69
3	Die Bedeutung der Lebach-Entscheidung für die Medienauskunft im Ermittlungsverfahren	70
	<i>a) Die Erfassung der exakten Belastungswirkung</i>	70
	<i>b) Die Konsequenzen für die staatsanwaltschaftliche Medientätigkeit</i>	71
4	Anwendungsbeispiele	73
	<i>a) Der Fall J. Kachelmann</i>	73
	<i>b) Der Fall N. Benaissa</i>	74
	<i>c) Der Fall K. Zumwinkel</i>	75
	<i>d) Der Fall C. Jahns</i>	76
5	Neue Belastungsdimensionen durch das Internet	80
6	Zwischenergebnis	82

VII Der Anspruch auf ein faires Strafverfahren	82
C Öffentlich-rechtliche Binnenkonflikte	84
D Der Grundsatz der Nichtöffentlichkeit des Ermittlungsverfahrens	85
E Zusammenfassung	86
Kapitel 3 Rahmen durch das EU-Datenschutzrecht	89
A Einführung	89
B Anwendungsbereich der DS-GVO	89
I Sachlicher Anwendungsbereich	89
II Bereichsausnahme nach Art. 2 Abs. 2 lit. d) DS-GVO	90
C Relevanz des deutschen Verfassungsrechts im Anwendungsbereich der DS-GVO	91
I Anwendungsvorrang des europäischen (Sekundär-)Rechts	91
II Öffnungsklauseln in der DS-GVO, insbesondere Art. 85 DS-GVO	91
Kapitel 4 Die Rechtsgrundlage für die Erteilung der Medienauskunft	93
A Die Landespressegesetze (für Bayern: Art. 4 BayPrG)	93
I Der einfachrechtliche Auskunftsanspruch der Presse	93
1 Behördenbegriff der Landespressegesetze	95
2 Beschränkungen des einfachrechtlichen Auskunftsanspruchs	95
II Anwendbarkeit auf die Medientätigkeit der Staatsanwaltschaft im Ermittlungsverfahren	97
1 Doppelnatur des Art. 4 BayPrG?	98
2 Normenklarheit	99
III Zwischenergebnis	101
B § 475 StPO	101
I Der Datenschutz im Strafverfahren	101

II	Die Auskunftsvoraussetzungen des § 475 StPO	102
1	„Privatpersonen“ und „sonstige Stellen“	102
2	Berechtigte Interessen des Antragstellers	103
3	Schutzwürdige Interessen des Betroffenen	103
III	Anwendbarkeit auf die Medientätigkeit der Staatsanwaltschaft	104
C	Informationsfreiheitsgesetze	105
I	Das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes	105
1	Überblick	105
2	Anwendbarkeit auf die Medientätigkeit der Staatsanwaltschaften	107
II	Die Informationszugangsgesetze der Länder	107
D	Verwaltungsrichtlinien der Justiz	108
I	Die Justizrichtlinien für die Medienarbeit der Justizbehörden	108
II	Nr. 23 Abs. 1, 129, 219 RiStBV	109
E	Bildverbreitungsrechte nach dem Kunsturhebergesetz	110
I	§§ 22, 23 KUG	110
II	§ 24 KUG	111
F	Aufgabeneröffnungsnormen nach der Strafprozessordnung	112
I	§ 160 StPO	112
II	§ 161 StPO	113
G	Landesdatenschutzgesetze (für Bayern: Art. 5 BayDSG n.F.)	114
I	Anpassung der Landesdatenschutzgesetze an die DS-GVO	114
II	Anwendungsbereich der Landesdatenschutzgesetze	114
III	Datenübermittlung an nicht-öffentliche Stellen (Art. 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BayDSG n.F.)	115
1	Die Darlegung eines rechtlichen Interesses an der Datenübermittlung	115

2	Das Vorliegen eines schutzwürdigen Interesses, das die Datenübermittlung ausschließt	115
H	Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO)	116
I	Art. 85 DS-GVO oder Art. 86 DS-GVO	117
II	Art. 6 Abs. 1 lit. e) DS-GVO	117
1	Datenverarbeitung in Ausübung einer öffentlichen Funktion	117
2	Erfordernis eines separaten Erlaubnistatbestands (Art. 6 Abs. 1 lit. e), Abs. 3 DS-GVO)	118
III	Art. 6 Abs. 4 DS-GVO	118
1	Rechtsnatur des Art. 6 Abs. 4 DS-GVO als eigenständiger Erlaubnistatbestand	118
2	Kompatibilitätsprüfung nach Art. 6 Abs. 4 DS-GVO	119
IV	Zusammenfassung	120
I	Systematischer Standort einer Regelung <i>de lege ferenda</i>	120
J	Zusammenfassung	122
Kapitel 5 Die Strafbarkeit der unzulässigen Medienauskunft		123
A	Geheimnisschutz (§ 203 Abs. 2 Nr. 1 StGB)	123
I	Rechtsgut	123
II	Begriff des Geheimnisses	124
1	Tatsache	124
2	Geheim	124
3	Wahrheit der Tatsache	125
4	Geheimhaltungswille und Geheimhaltungsinteresse	126
III	Amtsträger (§ 203 Abs. 2 Nr. 1 StGB)	127
IV	Unbefugtes Offenbaren	127
1	Spezialgesetzliche Befugnisse	127
2	Wahrnehmung berechtigter Interessen (§ 193 StGB analog)	128

3	§ 34 StGB	129
4	Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG	130
V	§ 17 StGB	130
B	Ehrenschutz	132
I	Beleidigung (§ 185 StGB)	132
II	Üble Nachrede (§ 186 StGB) und Verleumdung (§ 187 StGB)	133
III	Beleidigung trotz Wahrheitsbeweises (§ 192 StGB)	135
C	§ 33 KUG	137
D	Landesdatenschutzgesetze (für Bayern: Art. 23 Abs. 1, 2 BayDSG n.F.)	138
E	Zusammenfassung	139
Kapitel 6 Die Medienauskunft bei nicht prominenten Beschuldigten		139
A	Einführung	139
I	Der Begriff der „Zeitgeschichte“ (§ 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG)	141
1	Die Bestimmung des „Bereichs der Zeitgeschichte“	141
2	Materielle Kriterien zur Bestimmung des „öffentlichen Informationsinteresses“	143
a)	<i>Informationszweck vs. „Sensationslust“</i>	143
b)	<i>Kritik</i>	144
3	Formelle Kriterien zur Bestimmung des „öffentlichen Informationsinteresses“	146
II	Die Figur der sog. Person der Zeitgeschichte	148
1	Absolute Personen der Zeitgeschichte	149
2	Relative Personen der Zeitgeschichte	150
B	Straftäter als (relative) Personen der Zeitgeschichte	150
I	Die zeitgeschichtliche Bedeutung von Straftaten	151
1	Straftaten und Zeitgeschehen	151

2	Grundsätzliches Überwiegen des Geheimhaltungsinteresses	151
II	Das Erfordernis einer schweren oder außergewöhnlichen Straftat	152
1	Die Je-desto Formel des Lebach-I-Urteils	152
2	Außergewöhnliche Tatumstände	153
3	Anwendungsbeispiele	154
a)	<i>BGH NJW 2006, 599ff. – Verkehrsverstoß</i>	154
b)	<i>OLG Braunschweig NJW-RR 2005, 195ff.</i>	154
c)	<i>LG Berlin NJW 1986, 1265ff.</i>	155
III	Das Vorverhalten des Straftäters	156
IV	Zusammenfassung	157
C	Tatverdächtige als (relative) Personen der Zeitgeschichte	158
I	Der Begriff der Zeitgeschichte und schutzwürdige private Interessen	158
II	Die Schwere der verfolgten Straftat als entscheidungsleitendes Kriterium	159
1	Abwägung von Informations- und Geheimhaltungsinteresse bei schweren Straftaten	159
2	Die „Schwere der Tat“ und der „Bruch des Rechtsfriedens“ im Lebach-Fall	160
3	Die „Schwere der Tat“ und der „Bruch des Rechtsfriedens“ bei der Verdachtsäußerung	160
4	Die „Schwere der Tat“ als Kriterium bei der eigentlichen Strafverfolgung	162
D	Zusammenfassung	162

Kapitel 7 Die Medienauskunft bei prominenten

	Beschuldigten	163
A	Einführung	163
B	Das öffentliche Informationsinteresse bei Prominenten	166
I	Die zeitgeschichtliche Bedeutung schlichter Prominenz	167
1	BVerfGE 101, 361 ff. – Caroline II	167
2	Die frühere Rechtsprechung des BGH (BGHZ 131, 332 ff. – Paparazzi-Fotos)	168
3	Stellungnahme	169
	<i>a) Prominenz an sich hat keinen Nachrichtenwert</i>	169
	<i>b) § 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG knüpft an den abgebildeten Kontext an</i>	170
	<i>c) Einstufung als absolute Person der Zeitgeschichte vermindert das Rechtsschutzniveau des Betroffenen a priori</i>	170
	<i>d) Die absolute Person der Zeitgeschichte ist eine Fiktion</i>	171
II	Erfordernis eines selbstständigen Informationswertes	172
1	Stärkung des Persönlichkeitsschutzes durch die Caroline-I und Caroline-II-Entscheidungen des EGMR	172
	<i>a) Beitrag zu einer „Diskussion von allgemeinem Interesse“</i>	172
	<i>b) Die Unterscheidung zwischen „ordinary persons“ und „public figures“</i>	173
	<i>c) Stellungnahme</i>	175
2	Das „abgestufte Schutzkonzept“ des BGH	175
3	EGMR NJW 2012, 1058 ff. – Axel Springer AG	176
4	Stellungnahme	177
5	Anwendungsbeispiele	178
	<i>a) Der Fall C. Lell</i>	178
	<i>b) Der Fall K. Speck (BGH, NJW 2009, 757 ff.)</i>	179

III Mögliche Rechtfertigung von Verdachtsäußerungen aufgrund der sog. Imagelehre	180
1 Persönlichkeitsrechtsschutz bei Medienpersonen	180
2 Anwendung bei der Verdachtsäußerung	183
C Zusammenfassung	183
Kapitel 8 Formale Anforderungen bei Erteilung der Medienauskunft	184
A Umfang der öffentlichen Verdachtsäußerung	184
B Zeitpunkt der öffentlichen Verdachtsäußerung	186
C Die Vorabinformation des Beschuldigten	187
Thesen	191
Literaturverzeichnis	195

Für die vorliegende Arbeit wurden die Abkürzungen aus *Kirchner, Hildebert* (Hrsg.), Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 9. Auflage 2018, verwendet.

Einführung

„Wechselseitige Abneigung gilt als die Regel, reibungslose Zusammenarbeit als seltene Ausnahme“, so beschrieb *Wassermann* das Verhältnis zwischen Massenmedien und Justiz im Jahr 1980.¹ Besonders die Staatsanwaltschaften galten als zurückhaltend in Bezug auf die Medienöffentlichkeit, *Wagner* attestierte ihnen „geringes Mitteilungsbedürfnis“.² *Schroers* schrieb, es sei zu früheren Zeiten „vermessen“ gewesen, „das Auskunftsverhalten der Staatsanwaltschaften (...) als Presse- und Medienarbeit zu bezeichnen“.³

In der heutigen Medien- und Informationsgesellschaft ist die Situation grundlegend anders. Über strafrechtliche Ermittlungsverfahren, insbesondere bei prominenten Personen, wird heutzutage durch die Medien umfassend berichtet.⁴ Diese mediale Begleitung treibt wiederum die informativ-öffentliche Öffnung des Strafverfahrens.⁵ Strafverteidiger setzen die Medien bisweilen für ihre Zwecke ein.⁶ Und auch die Justiz ist den Medien heute deutlich zugewandter.⁷ Hintergrund der Mediendurchdringung des Strafverfahrens ist insbesondere der Wettbewerb unter den (Massen-)Medien, der die Presse dazu zwingt, in möglichst schneller Abfolge neue Gegenstände zu erschließen und der Öffentlichkeit zu präsentieren.⁸ Die Berichterstattung über Straftaten hat einen hohen Marktwert und erfreut sich seit

1 *Wassermann* in: Justiz und Medien, S. 17.

2 *Wagner*, Strafprozessführung über Medien, S. 60; ähnlicher Befund in den 1990er Jahren, *Dalbke Meyer*, Schutz des Beschuldigten, S. 7.

3 *Schroers*, NJW 1996, 969, 969.

4 *Schaefer*, NJW 2003, 2210, 2210 f.

5 Zu den daraus entstehenden Zwängen für die Ermittlungsarbeit: *Kühne*, Strafprozessrecht, S. 233.

6 *Leyendecker*, SraFO 2007, 354, 357.

7 *Huff*, NJW 2004, 403, 403; *Hohmann*, NJW 2009, 881, 881; *Marxen*, JZ 2000, 294, 296, spricht gar von mediengerechten Inszenierungen durch Polizei und Staatsanwaltschaft.

8 *Leyendecker*, StraFO 2007, 354, 357.

jeder besonders großen Interesses.⁹ Dies gilt in noch gesteigertem Maße für Informationen aus dem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren. Die Beteiligten des Strafverfahrens werden durch die verstärkte mediale Erschließung des Strafverfahrens veranlasst, die Presse strategisch zu nutzen.¹⁰

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die Beteiligten im Strafverfahren, insbesondere der typischerweise im Zentrum medialer Aufmerksamkeit stehende Beschuldigte, ausreichenden Schutz vor dem Eindringen der Öffentlichkeit in seine grundrechtlich geschützten Persönlichkeitsbereiche erlangen kann.¹¹ Dabei sind drei verschiedene Szenarien zu unterscheiden: 1. Klassischerweise berichtet die Presse über strafrechtliche und -prozessuale Vorgänge. Die Voraussetzungen dieser sog. Verdachtsberichterstattung durch die Presse sind höchstrichterlich geklärt.¹² 2. Eine weitere Form der Herstellung der Öffentlichkeit im Strafverfahren sind Verlautbarungen von Privatpersonen, die über das Internet mit unbegrenzter Reichweite verbreitet werden können. Die Äußerungen von (im besten Falle) „Laienjournalisten“, insbesondere über das Internet, sind eine neue Erscheinung, die noch intensiver Befassung durch Rechtsprechung und Literatur bedarf. 3. Schließlich kommt in Betracht, dass die Staatsanwaltschaft die Öffentlichkeit direkt oder die Presse über konkrete Strafverfahren informiert. Diese staatsanwaltschaftliche Medientätigkeit im Ermittlungsverfahren soll der Gegenstand der vorliegenden Untersuchung sein.

In **Kapitel 1** wird das Ziel der Untersuchung konkretisiert. **Kapitel 2** befasst sich mit dem verfassungsrechtlichen Rahmen nach dem GG, den der Pressesprecher der Staatsanwaltschaft bei der Entscheidung über eine Presseauskunft beachten muss. Dabei steht das Persönlichkeitsrecht nach Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art 1 Abs. 1 GG und dessen Teilausprägungen des Beschuldigten im Fokus. **Kapitel 3** befasst sich mit dem durch das europäische

9 *Hohmann*, NJW 2009, 881, 881; *Keller* in: Justiz und Medien, S. 99 f.

10 *Ziegler*, StraFO 1995, 68, 70; *Leyendecker*, StraFO 2007, 354, 357.

11 *Trüg*, NJW 2011, 1040, 1041.

12 Vgl. etwa BGH NJW 2014, 2029, 2032 f.; siehe auch *Lehr*, NJW 2013, 728, 730.

Datenschutzrecht gesetzten Rahmen für die Medientätigkeit der Staatsanwaltschaften. In **Kapitel 4** wird geprüft, ob für die Medientätigkeit der Staatsanwaltschaften gegenwärtig eine ausreichende Rechtsgrundlage existiert. In diesem Zusammenhang wird das sog. Volkszählungsurteil des BVerfG (BVerfGE 65, 1 ff.) eingehend analysiert. In **Kapitel 5** wird erörtert, welche strafrechtlichen Konsequenzen sich aus einer unzulässigen Medientätigkeit der Staatsanwaltschaft ergeben können. Gegenstand des **Kapitels 6** sind die Voraussetzungen einer Medieninformation bei einem unbekanntem Bürger, der erst *durch* den Tatverdacht in den Blick der Öffentlichkeit rückt. In **Kapitel 7** wird erörtert, unter welchen Voraussetzungen eine prominente Person im Rahmen einer Medienauskunft der Staatsanwaltschaft genannt werden darf. In **Kapitel 8** sollen schließlich die formalen Anforderungen untersucht werden, die im Rahmen der Medientätigkeit durch den Pressesprecher der Staatsanwaltschaft beachtet werden müssen.

Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung

Herausgegeben von

Prof. Dr. jur. Michael Lehmann, Dipl.-Kfm.
Universität München

- Band 846: Konrad Hildebrand: **Der Schutz des Beschuldigten bei Medienauskünften von Staatsanwaltschaften im Ermittlungsverfahren**
2021 · 216 Seiten · ISBN 978-3-8316-4904-4
- Band 845: Caroline Beyersdorf: **Mediale Öffentlichkeit als Strafzumessungskriterium** · Zugleich eine Untersuchung der empirischen und rechtlichen Befunde von Medienöffentlichkeit im Strafverfahren
2021 · 180 Seiten · ISBN 978-3-8316-4905-1
- Band 844: Dominik Forstner: **Das US-amerikanische Tarifvertragsrecht aus der Perspektive der Luftfahrt**
2021 · 336 Seiten · ISBN 978-3-8316-4900-6
- Band 843: Michael Richter: **Spielräume für die Landesgesetzgebung und sonstige Maßnahmen der Landes- und Kommunalpolitik im Kreislaufwirtschaftsrecht** · Gegenstände, Handlungsarenen und verfassungsrechtlicher Rahmen
2021 · 250 Seiten · ISBN 978-3-8316-4901-3
- Band 842: Nanette von Tucher: **Der Mord an Kurt Eisner durch Anton Graf von Arco auf Valley**
2020 · 496 Seiten · ISBN 978-3-8316-4877-1
- Band 841: Marcin Rodek: **Patente im Chemiebereich – Motor oder Bremse der Innovation?**
2020 · 372 Seiten · ISBN 978-3-8316-4867-2
- Band 840: René Wünschmann: **Qualitätsmanagement in der akutstationären Versorgung von gesetzlich Krankenversicherten**
2020 · 222 Seiten · ISBN 978-3-8316-4829-0
- Band 839: Dominik Angstwurm: **Kreativität vs. Urheberrecht im digitalen Bereich** · Chancen und Grenzen vorhandener Selbstregulierungsansätze
2019 · 290 Seiten · ISBN 978-3-8316-4808-5
- Band 838: Karolina Vogel: **Die EUNAVFOR MED Operation Sophia zur Bekämpfung des Migrantenschmuggels auf Hoher See im Mittelmeer** · Eine rechtliche Einordnung auf drei Ebenen
2019 · 282 Seiten · ISBN 978-3-8316-4784-2
- Band 837: Ines Marin: **Sonderverjährungstatbestände für Gewährleistungsrechte im Kauf- und Werkvertragsrecht** · Eine exemplarische Problemanalyse der Verjährung der Gewährleistungsrechte bei mangelhaften Photovoltaikanlagen unter besonderer Berücksichtigung der obergerichtlichen und höchstrichterlichen Rechtsprechung seit 2012
2019 · 538 Seiten · ISBN 978-3-8316-4779-8
- Band 836: Chuan-Ching Liu: **Die hypothetische Einwilligung im Arztstrafrecht**
2019 · 314 Seiten · ISBN 978-3-8316-4772-9
- Band 835: Stephanie Fay: **Die Novellierung des Sanktionensystems im Lauterkeitsrecht** · Entwicklungsperspektiven für ein einheitliches Verbraucherschutzniveau nach den Vorgaben der UGP-Richtlinie
2019 · 262 Seiten · ISBN 978-3-8316-4770-5
- Band 834: Corinna Göggerle: **Fremdrechtsanwendung bei der Behandlung von EU/EWR-Auslandsgesellschaften sowie der Societas Europaea nach deutschem Strafrecht**
2019 · 260 Seiten · ISBN 978-3-8316-4765-1

- Band 833: Raoul Müller: **Im Zweifel für den Fiskus** · Eine kritische Betrachtung des Umgangs der Strafverfolgungspraxis mit dem Straftatbestand der Steuerhinterziehung bei Umsatzsteuerkarussellen im Lichte des Bestimmtheitsgebots gemäß Art.103 Abs. 2 GG
2019 · 306 Seiten · ISBN 978-3-8316-4764-4
- Band 832: Benedikt A. Groh: **Entwicklung eines Rechtsrahmens zum Betrieb ziviler unbemannter Fluggeräte** · Eine rechtsvergleichende Analyse des bestehenden nationalen Rechtsrahmens mit dem Rechtsrahmen der Vereinigten Staaten von Amerika
2019 · 218 Seiten · ISBN 978-3-8316-4763-7
- Band 831: Enno Schley: **Das lauterkeitsrechtliche Trennungsgebot im Internet**
2018 · 236 Seiten · ISBN 978-3-8316-4753-8
- Band 830: Charlotte Lauser: **Die Bindung der Verfassungsorgane an den Grundsatz der Europarechtsfreundlichkeit**
2018 · 284 Seiten · ISBN 978-3-8316-4739-2
- Band 829: Fabian Patrick Philipp Roth: **Die Haftung der Vorstände der Krankenkassen, der Krankenkassenverbände und der Kassenärztlichen Vereinigungen**
2018 · 270 Seiten · ISBN 978-3-8316-4712-5
- Band 828: Vincent Burgert: **Die genetische Beratung im Spannungsfeld zwischen Selbstbestimmung und Drittinteressen** · Zugleich eine aktuelle Untersuchung zur ärztlichen Schweigepflicht im Bereich der Humangenetik
2018 · 262 Seiten · ISBN 978-3-8316-4693-7
- Band 827: Zhuomin Wu: **Der Schutz biotechnologischer Erfindungen in der V. R. China unter Berücksichtigung internationaler Entwicklungen**
2018 · 202 Seiten · ISBN 978-3-8316-4710-1
- Band 826: Alexander Hödemaker: **Marktzugang und Staatszugehörigkeit im internationalen und europäischen Investitionsrecht**
2018 · 262 Seiten · ISBN 978-3-8316-4687-6
- Band 825: Sebastian Eberz: **Konkurrenz direktionsrechtlicher Normen und ihre Systemfolge für die Weisungserteilung Dritter**
2018 · 208 Seiten · ISBN 978-3-8316-4707-1
- Band 824: Anna Pözl: **Demografischer Wandel und Verwaltungsorganisation**
2018 · 408 Seiten · ISBN 978-3-8316-4711-8
- Band 823: Luping Duan: **Gleichnamigkeit im Kennzeichenrecht** · Eine vergleichende Untersuchung zwischen Deutschland und China
2017 · 282 Seiten · ISBN 978-3-8316-4665-4
- Band 822: Maximilian Reinartz: **Öffentlichkeitsarbeit seitens des Verletzten einer Straftat** · Belastung der Verfahrensstruktur oder legitime Verwirklichung von Opferinteressen?
2017 · 200 Seiten · ISBN 978-3-8316-4659-3
- Band 821: Christina Lang: **Die Einstellung nach § 154 StPO in der Revisionsinstanz** · Eine kritische Analyse der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs
2018 · 250 Seiten · ISBN 978-3-8316-4651-7
- Band 820: Nazanin Sporer: **Die Auswirkungen der Täuschung im Rahmen der §§ 331, 332 StGB**
2017 · 222 Seiten · ISBN 978-3-8316-4644-9

Erhältlich im Buchhandel oder direkt beim Verlag:
utzverlag GmbH, München
089-277791-00 · info@utzverlag.de

Gesamtverzeichnis mit mehr als 3000 lieferbaren Titeln: www.utzverlag.de